

Anlage zur Vorlage V/0541/2024

Statement zur Beantwortung von EF/0006/2024 in der Sitzung des Rates vom 19.6.2024

„Wir leben in einer Zeit, die geprägt ist von tiefen Konflikten und großem Leid. Umso wichtiger ist es, dass wir weiter gemeinsam und entschieden gegen jede Form von Gewalt, Rassismus und Antisemitismus stehen.

Am 7. Oktober 2023 hat die radikalislamische Hamas einen brutalen Angriff auf Israel verübt. Die Terroristen ermordeten weit über 1.000 Menschen jeden Alters auf grausame Weise, sie folterten, vergewaltigten und nahmen mehr als 240 Menschen – darunter Kinder, Frauen und Ältere – als Geiseln. Der Überfall gilt als der tödlichste Angriff auf Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Diese Ereignisse haben uns zutiefst erschüttert und dazu veranlasst, am 8. November eine klare Resolution zu verabschieden. Diese war nicht nur eine Reaktion auf die barbarischen Taten, sondern auch eine Antwort auf die besorgniserregende Zunahme antisemitischer Straftaten weltweit, aber eben auch in unserer Stadt.

Mit großer Sorge beobachten wir weiterhin die Entwicklung des Krieges in Israel und Gaza und den damit verbundenen Anstieg antisemitischer und islamfeindlicher Straftaten in Deutschland und weltweit. In dieser Zeit, in der Emotionen hochkochen und die Welt gespalten scheint, ist es unsere Pflicht, die Situation mit klarem Kopf und offenem Herzen zu betrachten.

Die Frage der Anerkennung eines palästinensischen Staates liegt nicht in der Hand der Kommunen, sondern bei der Bundesregierung. Jede Aufforderung in dieser Hinsicht muss durch einen demokratischen Prozess innerhalb der politischen Parteien des Rates erfolgen. Unser Ziel bleibt, stets den Dialog zu suchen und der Komplexität der Situation Rechnung zu tragen.

In Münster setzen wir auf ‚Frieden durch Dialog‘ und fördern den interreligiösen Austausch durch regelmäßige Formate wie das jährliche Treffen der Religionsgemeinschaften. Zahlreiche Projekte und Initiativen wie etwa die Podiumsdiskussion der *Combatants for Peace* oder *Frieden.Pluralismus*. und nicht zuletzt das Programm zum Jubiläumsjahr ‚375 Jahre Westfälischer Frieden‘ zeigen unser Engagement für eine friedliche und offene Gesellschaft. Auch der Integrationsrat Münster spielt eine wichtige Rolle bei der Organisation verschiedener Veranstaltungen und Beratungen, die den interkulturellen Dialog stärken.

Wir sind gut beraten, das Instrument der Resolution im Rat sparsam und mit Bedacht einzusetzen. Es muss auf dringende Probleme reagieren und einen direkten Bezug zur Stadt Münster haben. Gerade bei kontroversen Themen gilt es doch, sich der (totalitären) Logik des Dauerkommentars zu entziehen, die aus jedem Nicht-Kommentar einen Verdachtsfall macht.

Die am 8. November 2023 verabschiedete Resolution ‚Münster engagiert sich gegen Antisemitismus und bekennt sich zum Staat Israel‘ war - wie von den beteiligten Ratsparteien kommuniziert - eine notwendige Ausnahme angesichts des auch in Münster stärker sichtbar gewordenen Antisemitismus. In der Regel sollten wir zurückhaltend mit Stellungnahmen an die Bundesregierung sein und uns auf unsere kommunale Aufgabe konzentrieren: die Förderung des friedlichen Zusammenlebens vor Ort.

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel und seine furchtbaren Folgen für die Zivilbevölkerung in Israel und Gaza sind weiterhin Gegenstand intensiver Diskussionen auf internationaler Ebene. Weltweit gibt es wichtige diplomatische Bemühungen und kritische Stimmen. Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft arbeiten an nachhaltigen Lösungen und Perspektiven für beide Seiten. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine weitere Ratsresolution aus Münster.

Eine einseitige Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand ohne Anerkennung des Selbstverteidigungsrechts Israels wird der Komplexität des Konflikts und dem Ernst der Lage nicht gerecht. Die Menschenrechte aller Beteiligten sind unteilbar und bedürfen keiner zusätzlichen Resolution, um unsere Unterstützung zu erfahren. In unserer Tradition des friedlichen Dialogs und der Menschlichkeit setzen wir weiter auf Verständigung, Respekt und das Streben nach einer Friedensperspektive für alle Menschen in dieser schwierigen Zeit.

Fraktionen/Ratsgruppen, die das Statement unterstützen:

- CDU-Fraktion
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
- SPD-Fraktion
- FDP-Fraktion
- Internationale Fraktion Die PARTEI/ÖDP
- Ratsgruppe Volt“